

■ Konsens bei Politik, Betrieben und Gewerkschaften

Familienbewusste Personalpolitik als bedeutender Standortfaktor

Die Tatsache, dass das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Wahlkampf keine prominente Rolle spielt, ist ein gutes Zeichen: Offenbar gibt es keine Kontroverse zwischen den Parteien, dass entsprechende Maßnahmen dauerhaft auf die Tagesordnung gehören. Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Christine Bergmann, gibt den Tenor vor: „Familiengerechte Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt sind ein Standortfaktor. Alle vorliegenden Erfahrungen zeigen, dass eine familienbewusste Personalpolitik die Bindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an das Unternehmen stärkt und zu einer Steigerung der Zufriedenheit, Motivation und Effektivität in der Arbeit führt.“

Von den Arbeitgebern hört man keinen Widerspruch. Im Gegenteil: Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) fasst die möglichen Maßnahmen vonseiten der Unternehmen in drei Handlungsfelder zusammen:

Flexible Arbeitszeiten und Arbeitsorganisation, Hilfestellungen bei der Kinderbetreuung sowie Begleitung der Mitarbeiter in Elternzeit durch den Betrieb.

Ergänzt werden die unternehmerischen Maßnahmen durch staatliche Projekte. Das Bundesfamilienministerium unterstützt Unternehmen bei der Entwicklung maßgeschneiderter Modelle durch ein dreijähriges Beratungsprojekt. Betriebe können auf Expertenrat zurückgreifen, um Managementinstrumente zur Optimierung familienfreundlicher Personalpolitik

Inhalt

Standortfaktor Familienpolitik	2
Audit Familie und Beruf stößt Verbesserungen an	3
Interview mit Stefan Becker, Geschäftsführer der Hertie-Stiftung	4
HypoVereinsbank: Familienpolitik als wichtiger Teil der Unternehmenskultur	6
Comet-Computer: Familienfreundliche Flexibilität im Kleinbetrieb	7

einzuführen, zu erproben und weiterzuentwickeln. Dazu kommen Informationsangebote, wie die interaktive Infothek „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ (www.vereinbarkeit.de).

Zustimmung gibt es auch von den Gewerkschaften: Verdi-Vertreter Harald Giesecke: „Vor allem das neue Teilzeitgesetz und die Elternzeit sind ein Schritt in die richtige Richtung. Sie helfen, Arbeitssouveränität zu gewinnen.“ Verstärkt müsse aber dafür gesorgt werden, „dass die Kollegen während der Elternzeit durch regelmäßigen Informationsaustausch in die Arbeitsabläufe integriert werden.“ Defizite sieht Verdi bei der Kinderbetreuung, und zwar im Krippenbereich (für 0 - 3-Jährige) genauso wie in der Mittagsbetreuung für 3- bis 6-Jährige und der Hortbetreuung (für Schulkinder nachmittags). Von betriebseigenen Kindergärten rät Giesecke ab: „Das lohnt sich eh nicht für jeden Betrieb.“ Außerdem sei wohnortnahe Kinderbetreuung vorzuziehen. Betriebe sollten daher Kindergartenplätze „einkaufen“ oder Lösungen unterstützen, wie das vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) entwickelte „Modell Kinderkasse“: Unternehmen und Mitarbeiter zahlen in einen Topf, aus dem Betreuungsangebote finanziert werden.

Dabei sind sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter einig, dass auch der Staat einen Beitrag leisten muss. Die BDA sieht Nachholbedarf beim Angebot an Ganztagschulen und öffentlicher Kinderbetreuung.

Verdi-Vertreter Giesecke sieht das ähnlich und fordert eine gemeinsame Anstrengung von Kommunen, Ländern und Bund.

Katharina Rüth vom Bundesministerium für Familie dazu: „Im Haushaltsentwurf 2003 sind für dieses Thema vier Milliarden Euro eingeplant. Im Herbst gibt es einen „Betreuungsgipfel“ mit Vertretern von Bund, Ländern, Kommunen und Wohlfahrtsverbänden, auf dem neue Modelle zur Finanzierung erarbeitet werden.“

Fortsetzung von Seite 1

loseste Folge dieses Dauerstresses; Konzentrationsschwächen und Demotivation sind schlimmere Folgen, die sich wiederum negativ auf Gesundheit und Leistungsfähigkeit auswirken können. Nicht zuletzt kann die Gesundheit der Kinder langfristig beeinträchtigt werden, wenn die Arbeit keine Zeit lässt, mit der Familie zu leben. Die Probleme, die durch falsches Ernährungsverhalten und mangelnde Bewegung ausgelöst werden, sind hinreichend bekannt; auch der durch schulische Belastungen empfundene Stress nimmt anscheinend zu. Wenn Kinder weder eine Hortbetreuung bekommen noch durch einen Elternteil versorgt und erzogen werden können, gibt es keine Instanz, die gesundheitsschädliches Verhalten problematisiert und den Kindern Alternativen bieten kann. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf allein kann solche Probleme nicht lösen; aber dass dieses Thema neben betriebswirtschaftlicher auch gesundheitliche Relevanz hat, ist heute offensichtlich.